



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

21. September 2016

Menschenrechte schützen! +++ Gute Integration? +++ Echte Mietpreisbremse nötig +++ Dealer in der Schanze

Liebe Leserinnen und Leser



Großdemo gegen TTIP, Hamburg, 17.9.2016 (Foto: Christiane Schneider)

Die Ferienzeit ist vorbei, die parlamentarische Arbeit und auch die außerparlamentarische Bewegung sind längst wieder in Fahrt gekommen. Nach zweimonatiger Abstinenz setzen wir die Herausgabe des »BürgerInnenbriefs« fort. Und dies in einer Zeit, die uns einerseits skeptisch auf die weltpolitische Lage und das Erstarken der rechtspopulistischen Parteien in Europa und auch in Deutschland blicken lässt, aber andererseits auch auf ein beeindruckend positives Wochenende zurückschauen lässt: Am vergangenen Samstag haben bundesweit auf sieben Demonstrationen rund 320.000 Menschen (davon allein 65.000 in Hamburg) gegen CETA und TTIP protestiert. Tags darauf wurde die Große Koalition im Berliner Senat abgewählt und DIE LINKE konnte mit einem um 3,9% auf nunmehr 15,6% angewachsenen Stimmenanteil erheblich gestärkt in das Berliner Abgeordnetenhaus einziehen. Lichtpunkte am oftmals eher eingetrübten Horizont.

In Hamburg stehen in den kommenden Wochen vor allem die Auseinandersetzungen um das Stadtsäckel an, im Dezem-

ber wird dann über den Doppelhaushalt 2017/18 entschieden. Auch wenn die enormen, einen halben Meter umfassenden Etatpläne schwer verdaulich und aufgrund der doppelten Haushaltsführung so intransparent wie noch nie sind, liegt in diesen Debatten doch einer der zentralen, wenn nicht der Kern parlamentarischen Wirkens auch für DIE LINKE überhaupt: die Verteilung der finanziellen Mittel in den kommenden zwei Jahren.

In diesem Zusammenhang möchten wir ausdrücklich, wie schon einmal im Herbst 2014, einladen zu einer öffentlichen Anhörung der Linksfraktion über eben diesen Doppelhaushalt 2017/18. Am Mittwoch, den 2. November, laden wir für 18.30 Uhr alle Interessierten in das Rathaus (Raum 151) ein, um in Form eines Forums VertreterInnen und Engagierten aus Einrichtungen, Vereinen und Initiativen die Möglichkeit zu geben, über die Auswirkungen der Mittelkürzungen in ihren Bereichen zu berichten.

Herausgeberinnen und Redaktion

Menschenrechte schützen!

Von Christiane Schneider



Demonstration am 28. Mai 2016 in Hamburg (Foto: Christiane Schneider)

Ende Juni hat die Linksfraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht und zur Debatte gestellt, mit dem wir uns vor allem dafür einsetzen, dass Hamburg ein der Größe der Stadt angemessenes Kontingent von Geflüchteten aufnimmt, die zum Teil seit langem in Griechenland festhängen. Damit griffen wir eine Initiative von Pro Asyl und der Flüchtlingsräte sowie eine Initiative aus Ottensen auf, die von Hamburg die Aufnahme von 1.000 Geflüchteten aus Griechenland fordert. Auch das Bündnis Stadt des Ankommens hatte Mitte Juni an den Senat appelliert, »mindestens 500 Idomeni-Geflüchtete nach Hamburg zu holen und ihnen hier eine Zukunftschance zu eröffnen«.

Unser Antrag wurde in der Debatte von allen anderen Fraktionen zwar abgelehnt, aber in den Innenausschuss überwiesen. Ähnliche Initiativen gab und gibt es in Thüringen, Schleswig-Holstein, im Wendland, in Köln, Wuppertal, Mannheim, Offenbach, München sowie im bayrischen Landtag. In Osnabrück hatte der Stadtrat beschlossen, ein Kontingent von 50 Menschen aus griechischen Lagern aufzunehmen.

Rund 55.000 Geflüchteten lebten zu diesem Zeitpunkt in Griechenland, harreten verzweifelt aus in Elendslagern, etliche in regelrechten Internierungslagern. Viele versuchen, im Nirgendwo zu überleben. »Zustände wie in der Vorhölle« ist ein Bericht des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon über Lesbos überschrieben. Berichte über Todesfälle infolge unzureichender Gesundheitsversorgung nehmen zu.

Mehr als 22.000 der 55.000 in Griechenland Gestrandeten sind Kinder, ca. 2.000 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge. Viele Frauen sind dort mit kleinen Kindern; ihre Männer sind auf der Flucht vor Terror und Krieg in einem sicheren Land angekommen, ihre Familien, die nachkommen wollten, aber

wegen der Grenzsicherungen in Griechenland hängengeblieben. Mehr als die Hälfte, so schätzt man, haben Verwandte in Deutschland.

Unser Antrag verlangt nichts Unmögliches. Es gibt die Möglichkeit einer ganz legalen Einreise. Das europäische Relocation-Programm sieht die Umverteilung von Geflüchteten aus Griechenland oder Italien in einen anderen EU-Mitgliedsstaat vor. Es adressiert Personen, die offensichtlich eines besonderen Schutzes bedürfen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, im Rahmen dieses Programms 27.400 Personen aufzunehmen. Im März waren es gerade mal 57 Menschen, Ende Juni knapp 300. Das ist beschämend.

Das ist die eine Seite: verzweifelte Geflüchtete in einem verarmten Land und Zäune, mit denen sich das wohlhabende Europa abschottet. Es gibt aber auch die andere Seite. Es gibt ein solidarisches Europa, und es wächst von unten. Im März schlossen, als Antwort auf die Untätigkeit und den Unwillen der EU, die humanitäre Flüchtlingskatastrophe an ihren Grenzen zu beenden, die spanische Stadt Barcelona, die griechische Insel Lesbos und die italienische Insel Lampedusa ein Abkommen. Barcelona, das sich zur »Stadt der Zuflucht« erklärt hat, verpflichtete sich zu technischer, logistischer, sozialer und umweltbezogener Unterstützung für die Bewältigung der humanitären Krise durch die große Zahl aufgenommener Geflüchteter und zur Aufnahme von Geflüchteten von den beiden Inseln.

Das Netzwerk entstand aus der Notwendigkeit heraus, so die Bürgermeisterin von Barcelona, »Menschenrechte zu schützen.« Wir dokumentieren hier die gemeinsame Erklärung, ein ermutigendes Dokument eines solidarischen Europas von unten.

Beschämen Sie uns nicht, Europäer zu sein!

Gemeinsame Erklärung der Bürgermeister von Barcelona, Lampedusa und Lesbos zur Flüchtlingskrise und zur Haltung der Europäischen Union (15. März 2016)

Vor 2.500 Jahren waren die Inseln des östlichen Mittelmeeres die Wiege der Wissenschaft, der Künste und Demokratie. Heute steht dort das Überleben Europas auf dem Spiel. Wir stehen einer harten Entscheidung gegenüber: Entweder übernehmen wir unsere universale Verantwortung und stärken die Kernprinzipien des europäischen Projektes, oder wir erlauben, es unrettbar zu zerstören.

Es gibt Gründe für die Hoffnung. Während der zurückliegenden Monate haben wir Tausende von Bürgern, Freiwilligen und Helfern gesehen, die Leben retten, indem sie denjenigen helfen, die vor dem Krieg fliehen. Wir haben Gemeinden, die eigentlich kein Vermögen und keine Macht haben, gesehen, wie sie in einer Herkulesarbeit die Flüchtenden aufnehmen und dabei Ressourcen einsetzen, die von den Regierungen verweigert werden.

Jedoch haben wir auch mit Trauer das Versagen der europäischen Regierungen gesehen, eine anständige Lösung der humanitären Krise zu finden, wie auch bei der Schließung der Transitwege; von der verstärkten Kontrolle und Repression an Grenzübergängen bis zum verabscheuungswürdigen Deal mit der Türkei, mit dem alle internationalen Abkommen über Asyl und Grundrechte verletzt werden.

Der Mangel an Gefühl, den die europäischen Regierungen zeigen, steht im Gegensatz zu den lokalen Initiativen. Während Regierungen über Quoten schachern, führen wir in den Städten Planungen durch, wie wir mit den gegebenen Mitteln mehr Kapazitäten für die Aufnahme von Flüchtlingen schaffen können.

Wo sich die Regierungen nur über repressive Maßnahmen einigen können, vernetzen wir uns in den Städten und Gemeinden, um Abmachungen – wie die zwischen Lesbos, Lampedusa und Barcelona – zu schaffen, die den Austausch von Know-how, Ressourcen und Solidarität erlauben. Während Regierungen außerstande sind, über ihren nationalen Rahmen hinaus zu denken, werden die Stadträte von Barcelona und Athen zusammenarbeiten, um die Regierungen unter Druck zu setzen, damit diese ihren moralischen und gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen.

Wir mediterranen Städte appellieren dringend an andere europäische Städte, die unmenschliche Politik der Regierungen zu stoppen und sie zu zwingen, ihren Kurs angesichts der größten humanitären Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu ändern. Die Familien, die ihre Häuser verloren haben, werden in ihrer Suche nach einem Platz an dem sie in Frieden leben können, nicht anhalten, egal wie viele Hindernisse ihnen in den Weg gelegt werden. Jedes neue Hindernis bringt nur zusätzliche Gefahren für ihr Leben und einen weiteren Anreiz für die Netze, die vom Menschenhandel profitieren.

Wir fordern, dass die Abmachung mit der Türkei, die gegen das internationale Recht und die grundlegenden Menschenrechte verstößt, nicht ratifiziert wird. Menschliche Leben können nicht in Devisen für wirtschaftliche und Handelsgeschäfte umgewandelt werden. Das Recht auf das Asyl ist ein grundlegendes Menschenrecht, das kein Gegenstand von Geschacher und Discount-Angeboten sein darf. Ebenso fordern wir ein Ende der Kriminalisierung von Flüchtlingen und der Helfer und Freiwilligen, die beim Empfang von Flüchtenden zusammenarbeiten. Ihre Arbeit sollte eine Sache sein, auf die man stolz ist und die von den Institutionen unterstützt und gefördert wird.



Die Ereignisse dieser Tage an der Grenze der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die fremdenfeindlichen Demonstrationen in verschiedenen europäischen Ländern und ihr nachfolgender Gebrauch in Wahlkämpfen, sind eine Schmach, für den wir uns als europäische Bürger und als Menschen schämen sollten.

In Anbetracht all dessen lasst uns gemeinsam handeln, um die Europäische Union zu zwingen, eine gemeinsame Asylpolitik zu entwickeln, die Enge des Blickwinkels des Mitgliedstaates zu überwinden und in Übereinstimmung mit den Städten zu handeln, die ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Aufnahme von Flüchtlingen demonstriert haben, und diese mit Mitteln auszustatten. Zu

diesem Zweck sollten die Staaten ihre Verantwortung annehmen und Abmachungen über die Aufnahme und die Umsiedlung von Flüchtlingen umsetzen. Für die Flüchtenden, die unterwegs sind, müssen sichere Fluchtwege garantiert werden, sodass sie sich bewegen können, ohne ihr Leben oder ihre Sicherheit in Gefahr zu bringen.

Tausende von Menschen, viele von ihnen Kinder oder Alte, treiben auf den Straßen Europas. Sie haben Namen, Vorgesichten und Lebensgeschichten. Sie benötigen Hilfe, Unterstützung und Schutz – eine Aufforderung an uns zu handeln.

Die Gründungswerte Europas stehen auf dem Spiel, und die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, werden die Zukunft der Europäischen Union gestalten. Wir fordern deshalb die Regierungen auf, keine Entscheidung in unserem Namen zu treffen, die ein Grund zur Scham wäre, sondern dass sie das Netzwerk der Städte in ihrer Aufgabe unterstützen, das Mittelmeer wieder zu einer Brücke der Zivilisation, Demokratie und Hoffnung zu machen.

(Quelle: www.kommunisten.de – eigene Übersetzung)

Ada Colau, Bürgermeisterin von Barcelona (Katalonien/Spanien) | Giuseppina Nicoli, Bürgermeister von Lampedusa (Italien) | Spyros Galinos, Bürgermeister von Lesbos (Griechenland)

»Hamburg für gute Integration«?

Eine kritische Betrachtung der »Bürgerverträge« von Christiane Schneider und Cansu Özdemir



Karg: Flüchtlingsbauten in der Hafencity (M. Rothschuh)

Vor der Sommerpause hat die Bürgerschaft mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie der LINKEN den von Rot-Grün ausgehandelten »Konsens mit den Initiatoren der Volksinitiative »Hamburg für gute Integration« gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von CDU und AfD beschlossen. Daraufhin haben die InitiatorInnen die Volksinitiative zurückgenommen. Doch viele Fragen sind ungeklärt, viele Auseinandersetzungen nur verschoben.

Hamburg bleibt ein Volksentscheid erspart, der die Stadt polarisiert hätte (s. den »BürgerInnenbrief« vom 24. März 2016). Nach unserer Auffassung lief das von der Initiative eingeleitete Volksgesetzgebungsverfahren de facto darauf hinaus, die Zahl der Geflüchteten, die in Hamburg aufgenommen werden, zu begrenzen, also die rechtliche Aufnahmeverpflichtung zu unterlaufen. Auch wenn wir nicht unterstellen, dass das die Absicht der InitiatorInnen war: Die über viele Monate laufende Kampagne hätte Raum geschaffen für eine rechte Mobilisierung, bei der es schlussendlich um die Frage gegangen wäre: Flüchtlinge ja oder nein!

Der Konsens (er findet sich in der Parlamentsdokumentation als Drucksache 21/5231) enthält ein klares Bekenntnis zur Aufnahmeverpflichtung Hamburgs. Zu finden ist darin vieles, was solidarische Initiativen, NGOs, kirchliche Institutionen, auch wir, teilweise seit langem und sehr massiv seit Sommer 2015 gefordert haben: eine stärkere Ausrichtung auf Dezentralisierung der Unterbringung z.B. oder die Vereinbarung, dass Mindeststandards für die Unterkünfte ausgearbeitet werden; Maßnahmen zur Stärkung der Infrastruktur in den Stadtteilen, z.B. Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit, von Sportstätten, der Kitas und des Schulangebots.

Nach der Verabschiedung des »Konsenses« stellt sich erst recht die Frage: Warum hat der Senat sich so lange stur gestellt, die Kommunikation verweigert, alle Forderungen an sich abprallen lassen? Warum wurden naheliegende Vorschläge erst unter der Drohung einer polarisierenden Volksinitiative aufgegriffen (und dann auch nicht durch den Senat, sondern durch die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfractionen!)? Gutes Regieren sieht anders aus!

Wir haben dem Konsens zugestimmt, obwohl wir nur 24 Stunden Zeit hatten, die betreffende, höchst umfangreiche Drucksache durcharbeiten, und obwohl wir einzelne Punkte durchaus auch kritisch sehen.

Die Problematik der Bürgerverträge

Einem Punkt des Petitums jedoch haben wir nicht zugestimmt: Wir waren und sind dagegen, dass die vor Ort ausgehandelten »Bürgerverträge« Teil des Bürgerschaftsbeschlusses werden. Unsere Hauptgründe:

Erstens sind diese insgesamt elf Bürgerverträge regional ausgehandelt. Sie könnten von der Bürgerschaft nicht verändert werden, warum dann soll die Bürgerschaft sie beschließen?

Zweitens sind sie demokratietheoretisch mehr als problematisch. Ihnen fehlt die demokratische Legitimation. Das lässt sich am Beispiel des Bürgervertrags Poppenbüttel, abgeschlossen zwischen den Vertrauensleuten des Bürgerbegehrens »Wandsbek für gute Integration« und der Bürgerinitiative »Gemeinsam in Poppenbüttel e.V.« auf der einen, Senat und Bezirksamt Wandsbek auf der anderen Seite, exemplarisch darstellen. Anders als auf Hamburg-Ebene gab es in Wandsbek eben kein Bürgerbegehren, keine Unterschriften. Warum saß die örtliche Unterstützerin der Volksinitiative, »Gemeinsam in Poppenbüttel«, nicht aber z.B. die in der Flüchtlingsunterstützung vor Ort aktive Initiative »Poppenbüttel hilft« mit am Tisch? Warum »dürfen« die einen weitreichende Vereinbarungen treffen, die anderen nicht mal mitreden?

Drittens sollen die regionalen Bürgerverträge Vorrang vor dem Hamburger Konsens haben. Wir behaupten, was das konkret bedeutet, konnte zum Zeitpunkt der Abstimmung in der Bürgerschaft und kann bis heute niemand darstellen. Die Bürgerschaft stimmte also einem »Konsens« zu, der im Fall eines Konflikts mit irgendeinem der Bürgerverträge, denen die Bürgerschaft ebenfalls zustimmte, zumindest ausgehebelt werden kann.

Viertens: Die Bürgerverträge enthalten teilweise auch Bestimmungen, die wir völlig inakzeptabel finden. Warum kann, um beim Beispiel Poppenbüttel zu bleiben, die Initiative »Gemeinsam in Poppenbüttel« im Bürgervertrag durchsetzen, welche Geflüchteten sie in ihrer Nachbarschaft duldet und welche nicht? Laut Vertrag sollen nur Geflüchtete mit »guter Bleibeperspektive«, »deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt möglichst bereits erfolgt bzw. eingeleitet ist«, in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung am Poppenbütteler Berg leben dürfen. Damit werden große Gruppen von Geflüchteten – Geflüchtete aus Afghanistan, aus fast allen afrikanischen Ländern usw. – von vornherein abgewiesen. Sich Nachbarschaften auszusuchen, bestimmte Gruppen auszuschließen, das ist wie o.a. für uns inakzeptabel.

Und fünftens: In allen Bürgerverträgen wurden recht konkrete Schritte zur Stärkung der Infrastruktur festgehalten. Verbesserung der Verkehrsanbindung, Brücke über eine S-Bahn-Linie, Ausbau von Kitas, Schulen, Sportstätten usw. Das ist einerseits gut. Andererseits weisen diese Vereinbarungen auf ein weiteres Problem hin: die Finanzierung. Nicht

Drucksachen, Ausschussprotokolle und andere Dokumente der Hamburgischen Bürgerschaft können in der Parlamentsdatenbank unter www.buerger-schaft-hh.de/parldok/ eingesehen werden.

Ältere Ausgaben des seit 2008 erscheinenden »BürgerInnenbrief« gibt es hier: www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/heike-sudmann/buergerinnen-briefe/.

alle, aber die meisten Bürgerverträge wurden mit Bürgerinitiativen in bürgerlichen und vergleichsweise wohlhabenden Stadtteilen bzw. Quartieren wie Poppenbüttel, Klein-Borstel, Lehmsahl-Mellingstedt oder Rissen abgeschlossen, Stadtteilen und Quartieren mit entsprechend großem Durchsetzungsvermögen. Wir sehen die Gefahr, dass Stadtteile und Quartiere, die eh schon benachteiligt sind und über wenig politische Durchsetzungskraft verfügen, bei der Verteilung der Finanzmittel den Kürzeren ziehen, gerade weil die Finanzierung der großen Herausforderungen bei weitem nicht gesichert ist.

Die Finanzierungsfrage

»Die städtische und insbesondere soziale Infrastruktur muss weiter auskömmlich finanziert sein und bleiben«, heißt es im »Konsens«. Doch die Finanzierungsfrage wurde bei dessen Verabschiedung völlig ausgeklammert. Und auch im Haushaltsplan für 2017/2018, den die Bürgerschaft seit Anfang September berät und der im Dezember verabschiedet werden soll, bleibt völlig im Dunkeln, wie die Herausforderungen der Integration eigentlich finanziert werden.

Die soziale Infrastruktur ist seit Jahren unterfinanziert und momentan in keinsten Weise auskömmlich abgesichert. Es wird **sehr** viel mehr Geld in die Hand genommen werden müssen als bisher, nicht nur für die Infrastruktur in den Stadtteilen und für die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern beispielsweise auch für die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Und dabei darf es nicht dazu kommen, dass diejenigen, die ohnehin kaum Ressourcen haben und in besonderem Maße auf eine intakte Infrastruktur, auf eine gut funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind, mit Einschnitten in ihre Lebensbedingungen für die Kosten der neuen Herausforderungen aufkommen. Das würde die soziale Spaltung der Stadt enorm vertiefen und hätte absehbar verhängnisvolle politische Folgen.

Die Linksfraktion hatte deshalb im Mai ein Sofortprogramm für ein sozialeres Hamburg vorgestellt (s. »BürgerInnenbrief« vom 17. Juni 2016), das aus den Steuermehreinnahmen finanziert werden könnte. In der Debatte um den Konsens haben wir deutlich gemacht, dass Senat und Bürgerschaft, wenn sie die Vertiefung der sozialen Spaltung verhindern wollen, nicht umhin kommen, mit dem Dogma der Schuldenbremse zu brechen. Wir werden deshalb nicht locker lassen, uns für eine solidarische Gestaltung der Stadtgesellschaft und ihre ausreichende Finanzierung einzusetzen.

Rechte »Alternative«

Von Joachim Bischoff



flickr, Metropolico.org, Deggendorf 18.06.2016 ©

Mit ihren Wahlerfolgen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern hat sich die AfD im Parteiensystem der Berliner Republik festgesetzt. Die rechtspopulistische Formation sitzt in mehr als der Hälfte der deutschen Landtage – und in allen im Osten. 14,2% in der Hauptstadt sind zweifellos ein Erfolg und ein politisches Signal. Auch bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen, die gleichzeitig stattfanden, erreichte sie einen Stimmenanteil von 13,6% – mit Spitzen in Marzahn-Hellersdorf von 23,2% (dort wurde sie zweitstärkste Kraft hinter der LINKEN), Treptow-Köpenick (20,1%) und Lichtenberg (19,2%).¹ Die Ratlosigkeit bei den »Altparteien« und dem politischen Establishment wächst.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die AfD im kommenden Jahr auch in den Bundestag einziehen. Deutschland hat mit anderen europäischen Ländern gleichgezogen, in denen Rechtspopulisten schon längst zum politischen Alltag gehören und sie zum Teil an Regierungen beteiligt sind.

Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2016

	SPD	CDU	DIE LINKE	Grüne	AfD	NPD	FDP
Stimmenanteil	30,6%	19,0%	13,2%	4,8%	20,8%	3,0%	3,0%
Veränderung	-5,0%	-4,0%	-5,2%	3,9%	20,8%	-3,0%	0,2%
Mandate	26	16	11	0	18	0	0
Veränderung	-1	-2	-3	-7	18	-5	0

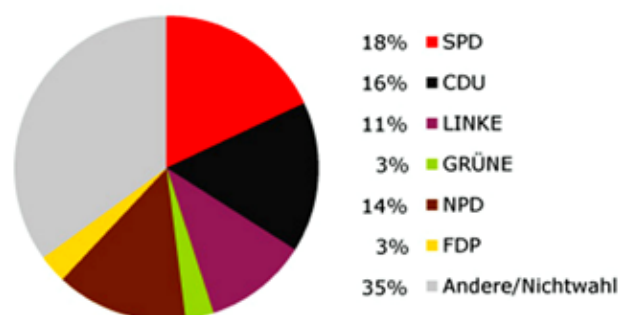
Wie schon bei den Landtagswahlen im Frühjahr ist die Wahlbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern deutlich angestiegen: von 51,5% in 2011 auf 61,6% in 2016. Wichtigster

Mobilisierungsfaktor: die AfD, die bei den früheren NichtwählerInnen deutlich punkten konnte (s. Abb. 1).

In den letzten Jahrzehnten hatten wir uns an sinkende Wahlbeteiligungen gewöhnt. Die Rechtspopulisten drehen diesen Trend um; sie greifen – wenn auch in populistischer Art und Weise – bei den Wahlberechtigten Stimmungen auf: Angst vor der Zukunft, Angst vor den Verhältnissen. Das führt nicht mehr, wie wir das in der Vergangenheit beobachten konnten, zu Misstrauen gegenüber Politikern, Apathie oder einem aggressiven Sichabwenden von der Politik, sondern jetzt gibt es dafür ein Ventil und die Gelegenheit, »denen

Abbildung 1: Woher kommen die Wähler der AfD?

Von den Wählern der AfD heute (4.9.2016) haben 2011 gewählt:



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

¹ In den Bezirken wird die AfD sogar »mitregieren«. Die zwölf Bezirke werden von einem/einer Bezirksbürgermeister/in regiert, darunter stehen jeweils vier hauptamtliche StadträtInnen, die für Themen wie Bauen, Bildung, Kultur und Verkehr zuständig sind. Die StadträtInnen werden nicht von einer Koalition bestimmt, sondern nach Proporz entsprechend dem Wahlergebnis. So werden AfD-Repräsentanten bald für Bezirke für mehr als 300.000 Menschen zuständig sein und einen Millionenetat verwalten.

da oben« einen Denktzettel zu verpassen. Die AfD ist als Ventil offenbar auch für deutlich mehr Wahlberechtigte geeignet als die NPD, die in der Vergangenheit auch von ähnlichen Stimmungslagen profitieren konnte.

Auch dies sehen wir in anderen Ländern (s. Abb. 2).

Schon heute zeigt sich die Entwicklungstendenz einer ansteigenden Wahlbeteiligung im Zusammenhang mit dem Agieren der Rechtspopulisten auch in den noch anstehenden Wahlen im Saarland und Nordrhein-Westfalen. Laut aktueller Umfrage in NRW würden von den WählerInnen der Landtagswahl 2012 im kommenden Jahr ihre Stimme vergeben, wie in Abbildung 3 gezeigt.

■ Alle »Altparteien« (SPD, CDU, Linkspartei, Grüne und FDP) werden weiter verlieren. Ihre Reaktion auf das hohe Nichtwählerpotenzial und den Aufstieg des Rechtspopulismus: weitgehende politische Hilflosigkeit. Der Zenit dieser »modernen Rechten« ist noch nicht erreicht. Die Landtagswahlen bis zur Bundestagswahl im Herbst 2017 werden durch die Offensive der AfD bestimmt werden.

■ Die AfD ist in den letzten Monaten weiter nach rechts gedriftet. Sie ist mittlerweile eine rechtspopulistische Partei mit einem starken extremen, völkisch-nationalistischen Flügel. Diese Einfärbung existiert nicht überall, auch nicht alle an der Parteispitze verfolgen diese Linie. Aber das dynamische Zentrum der Partei um Björn Höcke und André Poggenburg ist auf diesem Kurs. Aber dies irritiert die WählerInnen kaum.

Die WählerInnen lassen sich nicht davon beeinflussen, dass die Parteiführung unübersehbar in heftige politische und personelle Konflikte über den weiteren Kurs verstrickt und die gesamte Führungsebene offenkundig unwillig ist oder Schwierigkeiten hat, klare Ab- und Ausgrenzungen gegenüber rechtsextremen Inhalten und Organisationen vorzunehmen. Etliche Akteure in der Jugendorganisation der AfD haben ebenso wie Parteifunktionäre eine einschlägige Vergangenheit im rechtsextremen Spektrum. Auch die partielle Annäherung von führenden Funktionären an die NPD oder an extrem rechte Parteien wie den Front National (Frankreich) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) haben keinen negativen Einfluss auf Umfrage- und Wahlergebnisse.

■ Die etablierten politischen Kräfte müssten die politische und inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD suchen. Unsere europäischen Nachbarn erfahren seit Jahren, dass rechtspopulistische Parteien beständige Wahlerfolge feiern. In Skandinavien, insbesondere Dänemark, Finnland und Schweden, sind die etablierten Parteien mit ihrer Politik der Entzauberung und Einbindung gescheitert. Die Tolerierung der Regierungsarbeit oder gar politische Beteiligung hat den Rechtspopulisten eher genützt denn geschadet. Einen Königsweg im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien gibt es nicht. Die AfD versteht und inszeniert sich als Gegenstimme zu den »Alt-Parteien«. Gegenüber der auf Affekte gestützten radikalen Ablehnung des politischen Establishments und der Medien (»Lügenpresse«) tritt die Programmatik der AfD in den Hinter-

Abbildung 2: Entwicklung der Wahlbeteiligung in Deutschland, Großbritannien und den USA

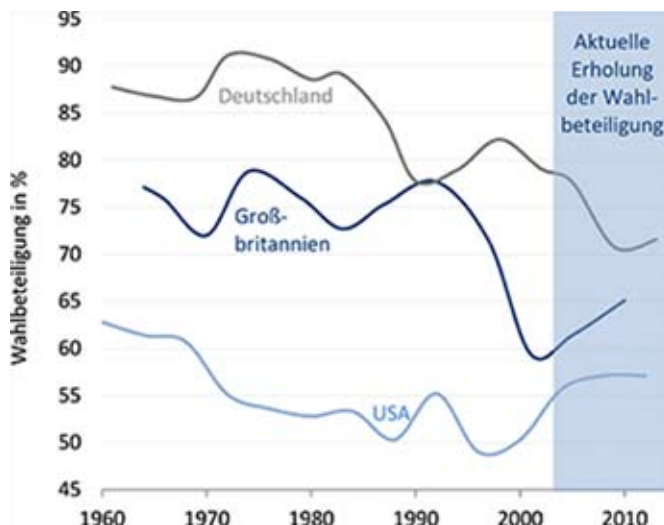
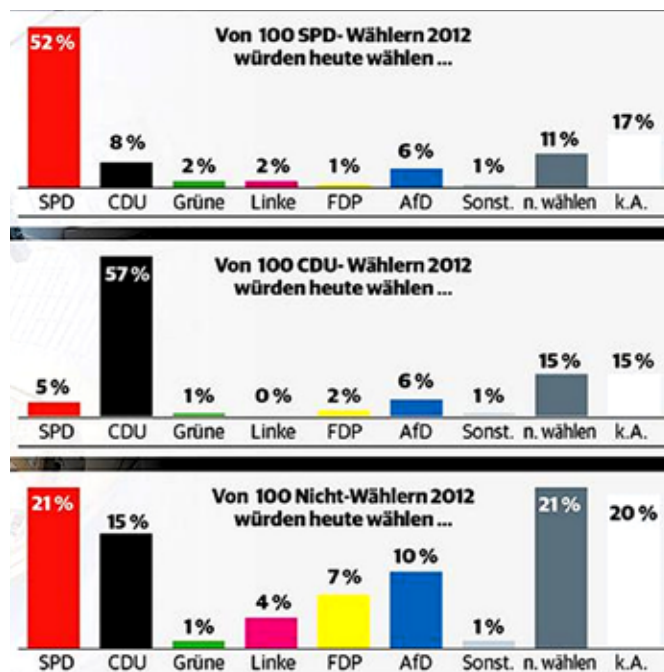


Abbildung 3: Wie WählerInnen in Nordrhein-Westfalen heute wählen würden



grund. Die Partei selbst entwickelt und verändert ihre Programmatik, die marktradikalen, neoliberalen Forderungen und Begründungen verlieren an Bedeutung. Dem Großteil der WählerInnen und UnterstützerInnen sind die programmatischen Bausteine im Detail unbekannt. Ihnen genügt das öffentliche Bild, das über die AfD im Umlauf ist: gegen Einwanderung, gegen den Islam, gegen die EU.

■ Bei der Parteigründung im Februar 2013 war die AfD mehrheitlich europa- und eurokritisch, profilierte sich weiter durch eine nationale Orientierung einer entschiedenen neoliberalen Politik und wies zugleich einen nationalkonservativen Flügel auf. Seither ist sie Schritt für Schritt nach rechts gedriftet. Ein Meilenstein auf dem Weg nach rechts war der Parteitag in Essen Anfang Juli 2015. Dort

wurde der damalige Vorsitzende Bernd Lucke durch das Duo Petry und Meuthen ersetzt und der Rechtsruck der Partei auch personell sichtbar.

- Seit der deutlichen Ausweitung der Bewegung von Zuflucht suchenden Menschen nach Deutschland im Spätsommer 2015 hat die AfD ihren politischen Schwerpunkt von der Euro- und Europakritik auf die Asylpolitik und vor allem eine Abgrenzung gegenüber MigrantInnen aus islamischen Ländern ausgerichtet. Sie stützt sich auf Befürchtungen und Vorurteile in großen Teilen der Bevölkerung, die der Zuwanderung skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen. Die AfD unterstützt und bekräftigt ein einseitiges und negatives Bild vom Islam. Zudem bedient sie eine Klientel, die traditionelle Familienmodelle als gesellschaftliche Norm durchsetzen will.
- Die besondere Thematik der Zufluchtsuchenden und der Migration verliert in den letzten Monaten dieses Jahres nur zahlenmäßig an Bedeutung. Im Vergleich zu 2015 zeichnet sich seit Frühjahr 2016 ein starker Rückgang der Fluchtmigration nach Deutschland ab: Seit April 2016 hat sich die Zahl der neu erfassten Flüchtlinge bei ca. 16.000 Personen pro Monat eingependelt, im November 2015 hatte sie noch 206.000 betragen. Ein Großteil der Unterbringungsquartiere wird zurückgefahren. Die Versorgung und Integration der Flüchtlinge in Deutschland ist zweifellos eine große gesellschaftliche Herausforderung, doch von »Überforderung« oder gar »Kontrollverlust« kann keine Rede sein.
- Eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (SI der EKD) belegt, dass kein Umschlagen der Stimmung oder rückläufiges Engagement festgestellt werden kann. Drei von vier Deutschen können sich einen persönlichen Beitrag zur Flüchtlingshilfe vorstellen. Die Zahl der in der Flüchtlingshilfe Engagierten ist 2016 weiter gestiegen (November 2015: 10,9%; Mai 2016: 11,9%).
- Die in den letzten Monaten gestiegene Angst vor Anschlägen hat das Meinungsbild nicht verändert. Allerdings ist bemerkenswert, dass die Bevölkerung in den östlichen Bundesländern gegenüber der Flüchtlingsbewegung deutlich skeptischer bleibt als die in den westlichen Bundesländern.
- In einer aktuellen Umfrage machen 63% der Deutschen die aktuelle Flüchtlingspolitik für den Erfolg der AfD verantwortlich. Nur 22% halten andere Gründe für ausschlaggebend. Unter den UnionsanhängerInnen glauben sogar 73%, dass die Flüchtlingspolitik der Hauptgrund für den Erfolg der AfD ist. Ein Blick auf den europaweiten Rechtsruck legt dagegen die These nahe, dass die Flüchtlingsfrage nur ein begleitendes Symptom, nicht die grundlegende Ursache für den politischen Erdrutsch zugunsten des Rechtspopulismus ist. Wir sehen in ganz Europa und den USA den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien. Deutschland bildete lange die Ausnahme.
- Die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 13. März 2016 verfestigten den Mythos in der öffentlichen Diskussion, dass

die AfD bei den ArbeiterInnen und Arbeitslosen in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt den größten Rückhalt habe. Interpretiert wurde dies in den vielen Medien mit der Aussage, die AfD wandle sich von der »Professoren- zur Prekariats-Partei«.

Die genauere Betrachtung zeigt eine andere Sozialstruktur: Im ersten Quartal 2016 machten bundesweit die Erwerbstätigen zwei Drittel der AfD-Anhänger aus. Unter diesen stellten die ArbeiterInnen ein Viertel, die Angestellten jedoch über die Hälfte und Beamte und Selbständige etwa ein Fünftel. Auch wenn man annimmt, dass bei den RentnerInnen/PensionärInnen dieselbe Verteilung der früheren Berufe gegeben ist, bilden die ArbeiterInnen somit nur eine relativ kleine Minderheit innerhalb der AfD-Anhängerschaft. Außerdem verbergen sich hinter der Sozialkategorie Arbeiter höchst disparate Verhältnisse.

Zwei weitere Indikatoren sprechen gegen die These von der AfD als Prekariats-Partei bzw. »Partei der kleinen Leute«. Zum einen äußerten Befragte mit mittlerer Bildung seit Ende 2014 durchweg eine leicht überdurchschnittliche AfD-Wahlabsicht. Diese Gruppe macht aktuell über die Hälfte der Anhängerschaft aus, Personen mit niedriger Bildung stellen nur ein Fünftel. Zum anderen zeigen die kumulierten Auswertungen des DeutschlandTRENDS von Infratest dimap zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2016, dass die AfD-Anhänger verglichen mit allen Wahlberechtigten über ein leicht überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen verfügen. Zudem beschreiben etwa vier Fünftel der AfD-Anhänger in einer Umfrage vom März 2016 ihre wirtschaftliche Situation als »sehr gut« oder »gut«.

Der rechte Populismus ist keine Bewegung der Armen, sondern eine Bewegung der unteren Mittelschicht in wohlhabenden kapitalistischen Gesellschaften. Menschen wählen nicht populistische Parteien, weil sie zufrieden sind. Sie sind unzufrieden damit, wie Dinge laufen. Das hat damit zu tun, dass sie sich politisch nicht mehr vertreten fühlen, dass die etablierten Parteien sie nicht repräsentieren. Michael Kunert, der Chef des Umfrage-Instituts Infratest dimap, bringt die Wahlanalysen auf den Punkt: »Es sind nicht die wirtschaftlich stärksten Gruppen, die AfD wählen. Allerdings im Schnitt auch nicht die Ärmsten der Armen, sondern Leute, die ausgeprägte Abstiegsängste plagen. Rund 70 Prozent der AfD-Wähler in Sachsen-Anhalt gaben an, sie empfänden die allgemeine Wirtschaftslage als schlecht.« (FAS vom 20.3.2016)

Seit Mitte der 1990er Jahre »bröckelt die ökonomische Basis der Mittelschichten. Der Sozialstaat konnte zwar immer noch viele Mittelschichthaushalte vor dem sozialen Abstieg bewahren, aber die ungleiche Primärverteilung nicht mehr völlig kompensieren.« Aus Meinungsumfragen und Analysen von Reden, Flyern und Plakaten rechtspopulistischer Parteien »ist klar herauszulesen: Das Potenzial liegt in den bürgerlichen, gut situierten Mittelschichten. Hier erreicht die Propaganda viele Bürger in ihren Vorurteilen gegen die Einwanderung, in ihren vermeintlichen Vorrechten als Einheimische, aber auch in autoritären Sicherheitsvorstellungen, was Strafen bei Normverstößen betrifft... Gut 30% der Deutschen,

die wir befragt haben, zeigen eine sogenannte ökonomistische Orientierung. Sie berechnen Gruppen nach ihren vermeintlichen Kosten und Nutzen, meinen zum Beispiel, wir können uns heute keine Verlierer mehr leisten. Ein klassisches bürgerliches Demokratieverständnis aber orientiert sich am Gemeinwohl und den Bedürfnissen von Menschen und nicht al-

lein an ihrem Nutzen. Gesellschaftlich und politisch hat sich aber die Leistungsgerechtigkeit gegenüber der Bedürfnisgerechtigkeit durchgesetzt.« (aus: Andreas Zick/Anna Klein, Fragile Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, /www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf)

Echte Mietpreisbremse dringend erforderlich

Von Heike Sudmann



Altonaer Wohnungen vom Ikea Parkdeck (M. Fisch)

Seit dem 1. Juli 2015 gilt in Hamburg die sogenannte Mietpreisbremse. Bei Weitervermietungen von Wohnungen darf die geforderte Miete maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete (laut Mietenspiegel) liegen. Lag die Miete schon vorher darüber, darf sie bei einer Weitervermietung nicht noch weiter steigen. Im Prinzip jedenfalls. In der Realität sind die gesetzlichen Regelungen zur Mietpreisbremse so löchrig wie ein Schweizer Käse. Mieter_innen, die sich gegen eine erhöhte Miete zur Wehr setzen wollen, müssen einen beschwerlichen und abschreckenden Weg gehen. Die notwendigen Daten sind für sie nicht frei zugänglich, wollen sie die erhöhte Miete zurück haben, müssen sie in einem zivilrechtlichen Verfahren eine Rüge gegen ihre_n Vermieter_in anstrengen. Kein Wunder, dass es bisher kein einziges Verfahren in Hamburg gegeben hat, wie der Senat jetzt auf meine Anfrage hin einräumen musste (Drs. 21/5372).

Die Kritik der Linken an der Wirkungslosigkeit des Mietpreisbremschens hat sich voll und ganz bestätigt. Deshalb startete die Bürgerschaftsfraktion einen weiteren Versuch, um den Senat zum Handeln zu bringen (Antrag Drs. 21/5672)

Mangelhafte gesetzliche Regelungen

Wie von vielen vorhergesehen, ist die »Mietpreisbremse« ein zahnloser Tiger geworden. Die zugrundeliegenden gesetzlichen Regelungen haben erhebliche Mängel und Konstruktionsfehler. Mieter_innen müssen ihre Vermieter_innen rügen, wenn die Mietpreisbremse nicht eingehalten wird. Dafür benötigen die Mieter_innen diverse Informationen von ihren Vermieter_innen wie z.B. die Angabe der Miethöhe der/des Vormieter_in, die sie jedoch nicht automatisch erhalten. Er-

schwerend führen zahlreiche Ausnahmen im Gesetz dazu, dass Mieterinnen und Mieter nicht wissen, ob für ihren Mietvertrag überhaupt die sogenannte Mietpreisbremse gilt. Die gesamte Beweisführung liegt also bei der Mieterin bzw. bei dem Mieter, ein zivilrechtliches Verfahren muss ggf. eingeleitet werden. Eine ordnungsrechtliche Verfolgung durch den Staat ist per Gesetz ausgeschlossen.

Schon die Frage nach der Höhe der Vormiete ist für viele Mieter_innen eine große Hürde. Einen Rechtsstreit scheuen viele erst recht, weil sie nicht von Beginn an ein zerrüttetes Verhältnis zur Vermieterin bzw. zum Vermieter eingehen wollen, da sie auf deren Wohlwollen – etwa bei späteren Reparaturen – angewiesen sind. Daher fordert DIE LINKE, dass die Vermieterin bzw. der Vermieter alle gesetzesrelevanten Fakten offenlegen muss.

Selbst ein möglicher Erfolg der Mieter_innen im Rechtsverfahren wäre kein voller Grund zur Freude: Die zu hoch entrichtete Miete wird nicht rückwirkend ab Vertragsbeginn, sondern erst ab Eingang der Rüge erstattet.

Aussitzen beim Hamburger Senat

Der Hamburger Senat hat keine Erkenntnisse, ob überhaupt rechtliche Verfahren im Zusammenhang mit der Mietpreisbremse angestrengt wurden. Erst aufgrund der o.g. Schriftlichen Kleinen Anfrage wurde eine Umfrage bei den Zivilrichter_innen des gesamten Amtsgerichts gestartet. Das Ergebnis: Es gab bisher nicht ein einziges Verfahren.

Der Senat zeigt keinerlei Interesse, die Auswirkungen oder Nicht-Auswirkungen der Mietpreisbremse in Hamburg zu evaluieren. Dabei hat er vor einem Jahr großartige Verspre-

chungen mit der Einführung der Mietpreisbremse in Hamburg verbunden: »Die Mietpreisbremse wird die Mieterinnen und Mieter entlasten, indem sie Mieterhöhungen bei Neuvermietung im angespannten Hamburger Wohnungsmarkt begrenzt.« (Senatspressemittelung vom 11.6.2015) Mittlerweile ist auch in Hamburg zu erkennen, dass in der Folge des mangelhaften Gesetzes die Mieten weitaus stärker gestiegen sind als nach der »Mietpreisbremse« zulässig wäre.

Trotzdem will der Senat ein Jahr nach der Einführung der »Mietpreisbremse« deren Auswirkungen nicht untersuchen. Unverdrossen hält er daran fest, erst zur Hälfte der Legislaturperiode, mithin Ende 2017, eine Evaluierung vorzunehmen (vgl. die genannte Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 21/5372).

Stimmen anderer zur »Mietpreisbremse«

Der Mieterverein zu Hamburg schätzt nach einem Bericht des Hamburger Abendblatts vom 30. Juni 2016, dass bei ca. 40% der Neu- bzw. Weitervermietungen die »Mietpreisbremse« nicht beachtet und dadurch den Mieter_innen ein Schaden von etwa 20 Mio. Euro entstehen würde. Dass die »Mietpreisbremse« die intendierten Wirkungen nicht entfaltet, stellt sogar das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer am 1. Juni veröffentlichten Studie fest (https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.535236.de/16-22-1.pdf): »Weder wurde der Mietpreisanstieg gedämpft, noch scheinen ImmobilieneigentümerInnen im derzeitigen Umfeld damit zu rechnen, dass die Regulierung ihre künftigen Ergebnisse substanziell beschneidet. Die Umgehungsmöglichkeiten sind allen Anschein nach so vielfältig, dass sie (die Mietpreisbremse, Anm. d. Verf.) nicht wirkt.« (S. 498, ebenda)

Echte Mietpreisbremse jetzt...

Es ist also höchste Zeit für eine echte Mietpreisbremse. Die Streichung der vielen Ausnahmeregelungen, Offenlegung der Miethöhe der Vormieter_innen sowie Einstufung von Verletzungen des Gesetzes als Ordnungswidrigkeit, damit nicht nur die Mieter_innen, sondern auch die Behörden tätig werden können, sind die wesentlichen Forderungen aus dem Antrag der LINKEN, der am 7. September 2016 in der Bürgerschaft debattiert wurde.

... aber nicht mit Rot-Grün in Hamburg

Obwohl nur wenige Tage vorher die Bundestagsfraktion der SPD fast identische Maßnahmen gefordert hat (siehe: http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/bezahlbare-wohnungen-schaffen-mietrecht-sozial-gestalten_spd-fraktion.pdf), haben die hamburgischen Sozialdemokrat_innen unserem Antrag nicht zugestimmt. Vielmehr legten sie gemeinsam mit den GRÜNEN einen Antrag vor, der nichts an der jetzigen Misere ändert, sondern nur ärgerlich ist (Drs. 21/5854).

- In dem Antrag wird der Senat aufgefordert, Ende 2017 eine Evaluation der »Mietpreisbremse« vorzulegen – das hatte der Senat bereits im Sommer 2015 zugesagt.
- Prüfen soll der Senat »ggf. auch Handlungsvorschläge für Änderungen der rechtlichen Regelungen der Mietpreis-

bremse oder des Wirtschaftsstrafgesetzes« – unverbindlicher und schwächer als »ggf.« geht es wirklich nicht.

- Bessere Information der Öffentlichkeit über die »Mietpreisbremse« – das ist das einzig Konkrete und tut niemanden weh.

Die Hauptbegründung für diesen windelweichen Antrag sind die »bundespolitischen Rahmenbedingungen im Bundestag und Bundesrat«, weswegen es vor der Bundestagswahl keine Veränderungen geben würde. Um des lieben Koalitionsfriedens wird ein Jahr lang vor der Bundestagswahl keine Politik mehr gemacht. Diesen Frieden, von dem sonst in der GroKo (Großen Koalition) in Berlin wenig zu spüren ist, müssen die Mieter_innen teuer bezahlen.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit: Elend in der Stadt der Reichen

Unter diesem Titel lädt die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft am **Donnerstag, den 22. September, um 18.00 Uhr in den Kaisersaal des Rathauses** ein. Immer mehr Menschen sind in Hamburg ohne festen Wohnsitz oder obdachlos. Über 3.000 Personen, davon mehr als 600 Minderjährige, sind auf die öffentliche Unterbringung angewiesen. Doch die Plätze in den Unterkünften reichen nicht aus. Selbst im Sommer werden Menschen, die einen Schlafplatz suchen, von städtischen Einrichtungen abgewiesen, da diese keine Kapazitäten für sie haben. Und auch im Winter reichen die Plätze trotz des so genannten Winternotprogramms nicht aus und die Obdachsuchenden müssen auf der Straße schlafen. Personen, die auf öffentlichen Plätzen und Grünflächen campieren, werden von dort vertrieben, müssen ihr Hab und Gut abgeben. Häufig haben Obdachlose keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, sie verelenden auf der Straße.

Gibt es zu all dem keine Alternativen, ausgerechnet in einer der reichsten Metropolen Europas? Welche Möglichkeiten bestehen, diese Menschen aus ihrem Elend zu holen oder dieses kurzfristig wenigstens zu schmälern? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion am 22. September von 18 bis 20 Uhr im Rathaus.

Den Auftakt bietet ein Vortrag von Stephan Nagel (Diakonisches Werk) zum Thema »Daten zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hamburg und erforderliche Maßnahmen«. An der anschließenden Debatte beteiligen sich:

- Andrea Hniopek (Caritasverband für Hamburg), die vor allem auch die Lage obdachloser Frauen beleuchtet,
- Stephan Karrenbauer (Hinz & Kunzt), der sich mit der Situation der Obdachlosen auf den Straßen auseinandersetzt,
- Ingrid Kieninger (Krankenstube der Caritas für Obdachlose), die sich den medizinischen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Obdachlosen zuwendet, sowie
- Christine Tenbrink (HUDE – Beratungsstelle für obdachlose Jugendliche und Jungerwachsene).

Die Moderation hat Cansu Özdemir, Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN und zuständig für diesen Bereich.

Unterstützung für das Projekt Rehhoffstraße



Foto: Initiative Ros

In mehreren BürgerInnenbriefen haben wir über das Vorhaben einer kleinen Anzahl junger Menschen in der Neustadt berichtet, ein gut 100 Jahre altes »Ledigenheim« in seiner Funktion zu erhalten und als soziales Projekt in Eigenregie fortzuführen. Nach einer wirklich beeindruckenden Entwicklung in den vergangenen Jahren und dem grandiosen Engagement der beiden HauptprotagonistInnen Antje Block und Jade Jacobs schickt sich die aus der Ros-Initiative hervorgegangene **Stiftung Ros** an, den millionenschweren Komplex in der Rehhoffstraße zu erwerben. Doch dafür ist genau jetzt auch finanzielle Hilfe von FreundInnen und weiteren Förderern nötig. Wir danken der Ros-Initiative Rehhoffstraße für die Zusammenstellung der nachfolgenden Ausführungen.

Ein Denkmal Hamburger Kultur- und Sozialgeschichte

Das Ledigenheim wurde vom Bauverein zu Hamburg in den Jahren 1912/13 im Zuge der Sanierung der südlichen Neustadt errichtet und war auf Neuankömmlinge und durchreisende Hafenarbeiter ausgerichtet. Baulich war das Ledigenheim als Wohnstätte für 112 Männer ausgelegt, wobei sich das Konzept durch die Kombination von kleinen Privaträumen mit umfangreichen Gemeinschaftsräumen und sozialen Diensten auszeichnete. So standen den Bewohnern neben ihrem Rückzugsraum u.a. ein Speisesaal und Leesesaal, ein Billardraum und ein Badehaus mit Wannen zur Verfügung. Zudem sollten durch Ansprechpartner vor Ort, einen Hausvater (genannt Inspektor) und eine eigene Haushaltsdame pro Etage, familienähnliche Strukturen, Hilfe und Schutz in der neuen Umgebung geboten werden. Bis heute leben im Ledigenheim 80 Männer – darunter viele Seeleute, Hafenarbeiter und Monteure im Ruhestand, aber auch junge Arbeiter, Studenten und Menschen in schwierigen Lebenslagen.

Ziel der Initiative Ros (um Antje Block und Jade Jacobs), die sich seit mehreren Jahren für den Erhalt des letzten Hamburger Ledigenheims in der Rehhoffstraße einsetzt, ist

- der Erhalt des Hauses als gewachsenes, generationsübergreifendes Wohnheim,
- die langfristige Sicherung des Denkmals unter dem Dach der 2013 gegründeten Stiftung Ros durch Ankauf und
- die anschließende denkmalgerechte und altengerechte Sanierung.

Die Stiftung Ros will das Ledigenheim zum 1. Januar 2017 übernehmen und hat nun bis zum Jahresende eine finale Frist, um den fälligen Kaufpreis aufzubringen. Hierfür, aber auch für erste absolut erforderliche bauliche Maßnahmen ist die gemeinnützige Initiative dringend auf Hilfe angewiesen. Dazu hat sie bei der Kanzlei Klingner & Koll. ein Anderkonto (Treuhand) eingerichtet. Alle Spenden werden dort gesammelt und – sollten die Bemühungen wider Erwarten scheitern – sogar an die SpenderInnen zurückerstattet! Und hier die nötigen Daten für das Spendenkonto:

Kontoinhaber: Kanzlei Klingner & Koll.

GLS Bank, IBAN: DE22 4306 0967 2029 2864 00

BIC: GENODEM1GLS

Im Verwendungszweck bitte den Namen und die Adresse angeben!

Der Erhalt des Ledigenheims wird von vielen Menschen und Initiativen unterstützt. So finden auch neben einem regelmäßigen Kulturprogramm monatliche Benefizveranstaltungen statt. Mehr Informationen, Eindrücke, Termine und Kontaktmöglichkeiten gibt es auf der gut gepflegten Website der Stiftung Ros: www.rehhoffstrasse.de

Dealerproblematik im Schanzenviertel

Von Wolf Buchaly, Mitglied des Stadtteilbeirats Sternschanze



Rückeroberung öffentlichen Raums im Florapark (Foto: Altona-Info)

Stadtentwicklung ist immer konkret und in den verschiedenen Quartieren oftmals von spezifischen Faktoren geprägt. Über einen interessanten Ansatz, an der Schnittstelle von (repressiver) Innen-, Gesundheits- und Stadt(teil)entwicklungspolitik mit der »Dealerproblematik im Schanzenviertel« umzugehen, berichtet Wolf Buchaly. Wir verbinden seine dankenswerterweise zur Verfügung gestellten Ausführungen mit dem Aufruf zur Teilnahme an der »Bundeskonzferenz zur Drogenpolitik«, die am 21./22. Oktober in Hamburg stattfinden wird.

Die Vorgeschichte

Seit 2012/2013 ist der Stadtteilbeirat Sternschanze verstärkt mit den angestiegenen Dealeraktivitäten im und um den Florapark konfrontiert. Rivalisierende Gruppen und Einzelhändler, die bevorzugt Cannabis anbieten, haben zu erheblichen Anwohnerprotesten geführt. Aggressives Verkaufsgehebe, Dealen in der Umgebung der Schule Altonaer Straße, Drogendecks im Schanzepark und ähnliches mehr waren die Ursache für den Unmut der AnwohnerInnen. Das Haus 73 im Schulterblatt mit seinem jugendlichen Publikum stellte für die Dealer eine angenehme Einnahmequelle dar – so die Erfahrungen der AnwohnerInnen. Abhilfe sollte her.

Überlegungen, den Florapark zeitweise zu schließen, wurden um die Jahreswende erkundet, aber letztlich verworfen. Das Polizeikommissariat 16 (PK 16) in der Lerchenstraße hielt die Einrichtung eines Gefahrengebietes in der Sternschanze zu diesem Zeitpunkt für unnötig, da der Polizei ausreichend Personal zur Verfügung stünde, um die Dealer durch Präsenz und Festnahmen zu verdrängen.

Parallel entwickelten der Beirat und ein mittlerweile eingerichteter Runder Tisch ein Aktionsprogramm für den Florapark, mit dem der Park belebt und für die Dealer als Warenumschlagplatz unattraktiv gemacht werden sollte. So wurden z.B. Veranstaltungen des Theaters Sehnsucht mit gut 100 Schülerinnen als Zuschauer durchgeführt, der Verein Kilimanschanzo e.V. bot gut besuchtes Klettern am Bunker im Florapark an und der Mitmach-Zirkus Abrax Kadabrax organisierte über einen längeren Zeitraum Aktivitäten. Dabei war dem Beirat bewusst, dass diese »Rückeroberung des öffentlichen Raumes« die Dealerproblematik nicht lösen kann.

Diese Aktivitäten änderten an der zunehmenden Präsenz der Dealer im Viertel nicht viel. Die Polizei zog ihre eigenen Schlüsse und erklärte Teile des Schanzenviertels nunmehr zum Gefahrengebiet. Seit dem 1. Juni 2013 konnten Polizisten im Gebiet zwischen Stresemannstraße, Schanzen- und Lagerstraße, Kleiner Schäferkamp und Altonaer Straße verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen und Platzverweise und Aufenthaltsverbote für das Gebiet aussprechen. Die Polizei begründete dies mit der Zahl der festgestellten Betäubungsmitteldelikte. Demnach seien die Zahlen dieser Delikte seit 2011 (52 Vorfälle) auf 147 in 2012 und im ersten Halbjahr 2013 auf 288 Delikte angestiegen. Insgesamt seien im Zeitraum Juni 2013 bis August 2013 insgesamt 56 Personenkontrollen durchgeführt, 350 Platzverweise ausgesprochen, 20 Personen seien beim Dealen erwischt worden und 147 Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz festgestellt worden. Gleichzeitig stellte die Leitung des PK 16 fest: »Wir bewerten ständig, ob das Gefahrengebiet weiterhin sinnvoll ist. Für eine unsinnige

Maßnahme schicke ich meine Leute nicht auf die Straße«, und die Maßnahme sei nichts, das für immer feststehe.

Die Empfehlungen des Beirats

Mit seiner Empfehlung »05/13 – Gefahrengelände Sternschanze« setzte sich der Beirat dagegen mehrheitlich für die Fortsetzung der »Rückeroberung des öffentlichen Raumes« durch die von ihm initiierten Aktivitäten des Runden Tisches ein. »Der Stadtteilbeirat Sternschanze hält die momentane Maßnahme der Polizei, das Schanzenviertel zum »Gefahrengelände« zu erklären, zur Lösung der Probleme im Viertel für unangemessen und bittet den Regionalausschuss I (in Vertretung den Hauptausschuss), auf die Rücknahme der Maßnahme hinzuwirken. Stattdessen setzt der Stadtteilbeirat auf die Maßnahmen des Runden Tisches und bittet den Regionalausschuss I, weiterhin den Fokus auf die Beschlüsse dieses Forums zu legen.«

In dieser für alle – AnwohnerInnen, Dealer, DrogenkonsumentInnen und Polizei – verkorksten Gemengelage, der Repression seitens der Polizei und den Rückeroberungsbemühungen öffentlichen Raumes seitens des Beirats, brachte der medienwirksame Plan der Bezirksbürgermeisterin von Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, die sich im dortigen Görlitzer Park mit ähnlichen Problemen wie im Florapark konfrontiert sieht und sich für eine legalisierte, öffentlich betriebene Abgabe von Cannabis in einem »Coffee Shop« einsetzt, neuen Schub in die Diskussion.

Nach kontroverser Debatte beschloss der Beirat mehrheitlich die Empfehlung 11/2013: »Der Stadtteilbeirat Sternschanze befürwortet es, einen Ort für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis im Bereich Altona im Rahmen eines Modellversuchs bereit zu stellen, um der illegalen Szene – konkret im Gefahrengelände Sternschanze um den Florapark – die Geschäftsgrundlage zu entziehen.«

Am 17. Oktober 2013 wurde das Gefahrengelände Sternschanze aufgehoben und der Beirat kommt zu dem Ergebnis, dass nicht zuletzt die Veranstaltungen, Aktionen und Aktivitäten auf Veranlassung des Runden Tisches zur Entspannung der Situation um den Florapark beigetragen haben.

Ein Jahr später kam der Stadtteilbeirat in seiner Empfehlung 06/2014 zu dem Ergebnis: »Bereits im Oktober 2013 hat sich der Stadtteilbeirat Sternschanze in einer Empfehlung für einen Modellversuch zur kontrollierten Abgabe von Cannabis ausgesprochen. In der Zwischenzeit gab es verschiedene Versuche, den illegalen Drogenhandel besonders im Bereich Florapark zurückzudrängen. Weder die polizeilichen noch die zivilen Aktionen waren bisher dauerhaft erfolgreich... Der Beirat empfiehlt, mit anderen betroffenen Regionen wie z.B. Berlin Friedrichshain-Kreuzberg zusammenzuarbeiten, jedoch aktiv voran zu gehen und nicht die dortige Entwicklung abzuwarten.«

Kontakte nach Berlin wurden geknüpft, juristischer, ärztlicher und drogenpolitischer Rat eingeholt, der Hamburger Senat dazu gebracht, die Etablierung eines »Coffee-Shop«-Modellversuchs öffentlich im Gesundheitsausschuss zu prüfen. Berlin war schneller, ist mit seinem Versuch allerdings am Gralshüter des Betäubungsmittelgesetzes (BtmG), dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte – einer dem

Gesundheitsministerium unterstehenden Behörde in Berlin –, gescheitert. Der rot-grüne Hamburger Senat hat dies zum Anlass genommen, einen ähnlichen Anlauf gar nicht erst zu wagen und das Unternehmen abzublasen. Dabei pfeifen es die Spatzen längst von den Dächern, dass es eine Entspannung in den vom Drogenhandel betroffenen Quartieren ohne eine Entkriminalisierung zumindest der Kleindealer und KonsumentInnen sowie einer kontrollierten Abgabe illegalisierter Drogen nicht geben wird.

Für all diejenigen, die an eine wie auch immer geartete »Coffee-Shop«-Variante unter dem Regime des BtMG ihre Hoffnung knüpfen, ist es an der Zeit, über das weitere Vorgehen zu diskutieren. Zumal die vom Gesundheitsministerium avisierte Abgabe von Cannabis an Kranke über Ärzte und Krankenkassen das Problem der vom Drogenproblem belasteten Städte und Gemeinden nicht lösen wird.

Und wie ging, wie geht es weiter?

In der Zwischenzeit ergriff der ehemalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan die Initiative und erklärte den »Krieg gegen Drogen« für gescheitert. Im Februar 2016 plädierte er im »Spiegel« für neue Wege. Das hat die AG Drogenpolitik Hamburg und die Initiative Standpunkt Schanze zum Anlass genommen, eine bundesweite Konferenz der reformwilligen Städte im Bereich der Cannabispolitik anzuberaumen. Diese »Bundeskongferenz zur Drogenpolitik« findet unter dem Titel »Schluss mit der KRIMInalisierung – Drogenmärkte regulieren!« am 21. und 22. Oktober in der Ganztagsgrundschule Sternschanze (Altonaer Straße 38) statt. Der TeilnehmerInnenbeitrag beläuft sich auf 40 Euro (ermäßigt 20 Euro), auf Antrag kann er auch erlassen werden. Eine Anmeldemöglichkeit und das Programm mit etlichen Vorträgen und Workshops finden sich im Netz unter <http://ag-droppo-hamburg.de/>.

Positionspapier der Veranstalter zur Konferenz

Die am Verbot orientierte Drogenpolitik sowie der »Global War on Drugs« sind nachweisbar gescheitert. Dies wird selbst durch PolitikerInnen wie Kofi Annan, Ban Ki-Moon und Mitgliedern der Gewerkschaft der Polizei sowie 122 deutschen StrafrechtsprofessorInnen bestätigt.

Die Folgen der Drogenprohibition sind neben den Folgen für den einzelnen Konsumenten auch international zu protokollieren. In Mexiko geht man von ca. 70.000 Toten im Drogenkrieg seit 2006 aus. Dies ist nicht der Wirkung der Drogen geschuldet, sondern der repressiven Drogenpolitik. Die hieraus resultierenden Schäden sind weitreichend:

auf gesellschaftlicher Ebene

■ Organisierte Kriminalität/Schwarzmarkt

Der Drogenmarkt wird zu 100% der Mafia, den Drogenkartellen und Terrornetzwerken wie Al Qaida überlassen. Der Staat wird seiner Aufgabe, die Kontrolle über illegalisierte Substanzen zu übernehmen, nicht gerecht.

■ Einschränkung von Bürgerrechten

Ein Verhalten, mit dem man sich – wenn überhaupt – nur selbst schädigt, liegt nicht im Aufgabenbereich der Straf-

verfolgungsbehörden, ansonsten müssten auch Rockkonzerte, Alkohol und Formel-1-Rennen verboten werden. Das Ziel der Eindämmung des Drogenkonsums durch Verbote ist nachweislich gescheitert. Der Umgang mit psychoaktiven Substanzen ist mündigen und aufgeklärten Bürgern zuzutrauen. Ein Verbot ist ein unzulässiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und damit ein Verstoß gegen Artikel 2 Grundgesetz (allgemeine Handlungsfreiheit). Die Prohibition führt zu sozialer Stigmatisierung der Konsumenten und zu einem Schwarzmarkt mit raubtierkapitalistischen Ausmaßen, der weder Verbraucher- noch Jugendschutz kennt.

■ Kein Jugend- und Verbraucherschutz

Der Drogendealer fragt nicht nach dem Personalausweis. Der illegale Drogenmarkt zielt auf maximalen Gewinn ab. In fast allen Substanzen sind bereits Beimischungen gefunden worden, welche die Gefährlichkeit der eigentlichen Droge bei weitem übertreffen, so z.B. Blei und Glasstaub in Cannabisprodukten oder Medikamente im Kokain und Heroin.

■ BürgerInnen als Opfer der Beschaffungskriminalität und organisierter Kriminalität

Die negativen Auswirkungen durch Terrornetzwerke (Al Qaida finanziert sich zu 30-40% aus dem illegalen Drogenhandel) und die Mafia müssen nicht weiter erläutert werden. Delikte wie Diebstahl und Einbrüche sind die üblichen Straftaten zur Finanzierung von Drogenabhängigkeit. Bei weiblichen Konsumentinnen ist häufig die Beschaffungsprostitution eine Folgeerscheinung des kriminalisierten Drogengebrauchs. Bei einer flächendeckenden Versorgung von Abhängigen mit Originalstoffen und regulierten Drogenmärkten für Erwachsene kann eine Loslösung aus dem kriminellen Drogenmilieu gelingen, was plausibelerweise zu einem sprunghaften Rückgang dieser Straftaten führen würde. Dementsprechend wäre die volkswirtschaftliche Belastung bei weitem niedriger als bisher.

auf individueller Ebene

- Strafrechtliche Verfolgung, Inhaftierung und Diskriminierung von KonsumentInnen
- Gesundheitliche Schäden
- Drogentote

Pro Jahr sterben in Deutschland mehr als 1.000 Menschen an illegalisierten Drogen. Fast alle Drogennotfälle hängen mit der starken Verunreinigung und dem schwankenden Wirkstoffgehalt zusammen.

auf Wirtschaftsebene

- Milliardenbeträge für die Strafverfolgung
- 25.000 Menschen in Haft wegen Drogen- oder Beschaffungsdelikten
- Keine Steuereinnahmen durch fehlende Regulierung des Drogenschwarzmarktes

Die überwiegende Zahl der DrogenkonsumentInnen lebt ein normales Leben. Selbst sogenannte »abhängige« KonsumentInnen bleiben oftmals sozial integriert. Menschen mit problematischem Drogenkonsum brauchen Hilfe. Die Strafverfolgung hat für sie und alle anderen negative Folgen.

Prohibition soll den schädlichen Konsum illegalisierter Drogen verhindern, doch tatsächlich ist dieses Ziel nicht erreicht



Grafik: Pava/wikipedia

worden, vielmehr potenziert die Prohibition die Gefahren durch Drogenkonsum.

Eine Legalisierung würde zur Auflösung des Schwarzmarktes und Senkung der Drogenkriminalität beitragen. Zudem wäre eine Regulierung und Kontrolle des Marktes möglich, Verbraucher- und Jugendschutz könnten besser gewährleistet und mittels Steuereinnahmen finanziert werden. Eine Verminderung von psychischen, physischen und sozialen Schäden der DrogenkonsumentInnen wäre die Konsequenz.

Durch gesetzlich regulierte Märkte (kontrollierter Anbau und Herstellung der Substanzen, Qualitätskontrollen, Verbraucher- und Jugendschutz) und die kontrollierte Abgabe durch unterschiedliche Modelle ist eine Drogenlegalisierung möglich.

Wir fordern eine ideologiefreie gesellschaftliche Debatte zur Legalisierung, die über die Entkriminalisierung von CannabiskonsumentInnen hinausgeht.

Wir brauchen eine Neuausrichtung der bisherigen Drogenpolitik jenseits der Orientierung auf Repression und Strafe, eine Drogenpolitik, die den betroffenen Menschen hilft, Risiken zu vermeiden und Abhängigkeiten zu überwinden. Letztlich geht es nur über eine regulierte Legalisierung von Anbau und Vertrieb einerseits und medizinischem sowie privatem Gebrauch von Substanzen andererseits. Drogenpolitik den kriminellen und offenbar prosperierenden Drogenkartellen zu überlassen, bedeutet jedenfalls eine drogenpolitische Bankrotterklärung. Wir können uns eine nicht nur wirkungslose, sondern kontraproduktive Drogenpolitik nicht mehr erlauben. Dementsprechend fordern wir eine evidenzbasierte Überprüfung der Auswirkungen der repressiven Drogenpolitik und des BtmG, mit dem Ziel, die strafrechtliche Verfolgung im Kontext des Drogenkonsums abzuschaffen.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Gut **6.200 Unterschriften** für den **Erhalt des KIDS** (die Abkürzung steht für Kinder in der Szene) konnten am 16. September im Rathaus übergeben werden. Dahinter verbirgt sich Deutschlands größtes Straßenkinderprojekt, das nach 23 Jahren vor dem Aus stehen könnte, weil der Einrichtung im Bieberhaus zum 1. Oktober von der Alstria Office Reit AG gekündigt wurde und keine Ersatzräumlichkeiten in Aussicht stehen. Hier bleibt mensch auf dem Laufenden: www.facebook.com/KIDSbleibt/.

Seit Anfang 2015 entwickelt und erarbeitet die Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik **Unterrichtsmaterialien zum Themenbereich »Protest & Beteiligung«**. Sie knüpft damit nicht zuletzt an das Vorgängerprojekt »Stadt! Macht! Schule« an. Mittlerweile sind entsprechende Unterlagen zur Mitte Altona, zu den ESSO-Häusern sowie zum Gängeviertel ins Netz gestellt worden. Einen Überblick und alle Materialien kostenlos zum Downloaden gibt es unter www.stadtmachtschule.de.



Nach anderen Abgeordneten der Linksfraktion gibt nun auch Martin Dolzer einen regelmäßigen **Newsletter zur Europa und Friedenspolitik, Justiz, Wissenschaft und Queer** heraus. Der erste, recht umfangreich ausgefallene Rundbrief ist bereits Ende Juli verschickt worden und kann, wie auch das Abo, per E-Mail an info@martindolzer.de gebucht werden.

Wo sie leben, was sie lieben, so lautet ein Artikel in der September-Ausgabe der Zeitschrift »Bilanz. Das deutsche Wirtschaftsmagazin«. Diese Nummer ist den **750 reichsten Deutschen** gewidmet. Von Hamburg erfahren wir beispielsweise, dass dort 2015 exakt 726 Multimillionäre wohnen, zehn Jahre vorher waren es 448. Wer ein bisschen Reichtumsforschung betreiben will, hier findet er/sie einige Daten, (Familien-) Biografien und noch einiges mehr, z.B., dass diese 750 reichsten Deutschen zusammen über sage und schreibe 171 Mrd. Euro Gesamtvermögen verfügen. Mehr unter www.bilanz.de/redaktion/750-reichsten-deutschen.



Konflikte um die Bebauung von Altona prägen seit vielen Jahren das Bild im Bezirk und in verschiedenen Quartieren. Am **Mittwoch, den 21. September**, geht es um 19.00 Uhr im Rathaus Altona um **Zwei Wolkenkratzer am Diebsteich?** Mehr zu dieser öffentlichen Diskussion unter www.altonaer-manifest.de/termine.php#160921-diebsteich.

Zu einem **2. Offenen Forum Flüchtlingshilfe** wird für **Freitag, den 23. September**, von 14.00 bis 19.30 Uhr in die Kampnagel-Fabrik in Winterhude eingeladen. Dieses von der Stadt veranstaltete, sozusagen offizielle Forum dient als »Begegnungs- und Kommunikationsplattform für alle, die geflüchteten Menschen in Hamburg eine Perspektive geben«. Das komplette Programm gibt es unter www.hamburg.de/forum-fluechtlingshilfe/.



Am **23. und 24. September** steigen die **12. Hamburger Wohnprojekte-Tage**, am Freitag von 16.00 bis 20.00 Uhr und am Samstag von 10.00 bis 20.15 Uhr, i.d.R. in der ehemaligen HWP (Von-Melle-Park 9). Auf der diesjährigen Fachtagung will sich der Veranstalter Stadtbau Hamburg kritisch mit dem Dogma des ewigen Wachstums auseinandersetzen und darüber nachdenken, was das für das Wohnen und die Wohnungspolitik in der Stadt bedeuten könnte. Einen Überblick über den Markt der Möglichkeiten, der Rundgänge, Workshops, Meetings, Vorträge und Diskussionen wie auch des Wohngruppenforums gibt es hier: www.stadtbau-hamburg.de. Der Eintritt für die Fachtagung am Freitag ist frei, für die 12. Wohnprojekte-Tage am Samstag beträgt er 8/5 Euro.

Die Recht-auf-Stadt-Bewegung ruft für **Samstag, den 24. September**, auf zu einer **Großdemonstration gegen die jetzt anrollende verstärkte Abschiebung von Geflüchteten nach Afghanistan**. »Wie steht es um die aktuelle Sicherheitslage? Welche Gründe treiben die Menschen aus Afghanistan in die Flucht? Wie geht die Asyl-Rechtsprechung mit Afghan*innen um? Wie ist die wirtschaftliche Situation in dem vom Krieg gezeichneten Land? Was hätten Rückkehrer*innen zu erwarten?«, so liest es sich im Demoaufuf. »Das Fazit ist eindeutig: Afghanistan ist kein sicheres Land – nicht für seine Bewohner*innen, erst recht nicht für Flüchtlinge und Rückkehrer*innen. Afghanische Flüchtlinge müssen deshalb in Deutschland weiterhin Aufnahme und den Schutz genießen, der ihnen zusteht.« Gestartet wird um 14.00 Uhr auf dem Hachmannplatz.



Baustelle Demokratie ist eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am **Samstag, den 8. Oktober**, überschrieben. Bei diesem »Demokratiedialog« geht es um die Frage: Wie stärken wir Teilhabe und Gerechtigkeit? Der Wiener Autor Robert Misik wird z.B. einen Vortrag halten, »Wie der heutige Kapitalismus die Demokratie bedroht«, ein Forum beschäftigt sich mit »Starken Kommunen für demokratische Inklusion«. Die Tagung findet im dock europe e.V. (Bodenstedtstraße 16, Hinterhof) statt und währt von 10.30 bis etwa 18.00 Uhr. Infos gibt es unter www.umdenden-boell.de.



Zum inzwischen dritten Mal findet am **Sonntag, den 9. Oktober**, ein **Tag der Hamburger Geschichtswerkstätten** statt. Insgesamt 18 Werkstätten und Archive öffnen ihre Tore und präsentieren ein vielfältiges Programm zwischen Rundgängen, Vorträgen, Lesungen und Schnuppereinheiten. Das Gesamtprogramm gibt es in gedruckter Form und natürlich auch per Klick unter www.hamburger-geschichtswerkstaetten.de/GW-Tag-2016_Leparello_.pdf.

Der Verein Kultur im Gewerkschaftshaus engagiert sich seit einigen Jahren, die »geistige Waffenschmiede des Proletariats« am Besenbinderhof mit interessanten und anspruchsvollen Veranstaltungen aufzupeppen. Am **Dienstag, den 11. Oktober**, 16.00 Uhr, gibt es im KLUB des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 62) einen **literarischen Nachmittag zu Flucht und Migration**. Inhaltlich gestaltet wird er von der freien Wissenschaftspublizistin Heidi Beutin und dem Autor und Privatdozenten Dr. Wolfgang Beutin. Sie spricht über Joachim Seyppel, er über Bertolt Brechts Flüchtlingsgespräche. Der Eintritt beträgt 9 Euro, ermäßigt 5 Euro. Anmeldung per E-Mail an post@wolfgang-rose.info.

Zum **3. Mietenpolitischen Ratschlag** lädt die Bundestagsfraktion der LINKEN am Samstag, den 29. Oktober, nach Köln ein. Im dortigen Bürgerzentrum Ehrenfeld (Venloer Straße 429) wird von 11.00 bis 18.00 Uhr das Thema **Bezahlbarer Wohnraum – Für Alle!** Im Mittelpunkt stehen. VertreterInnen von Organisationen und Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet werden die Diskussion bestreiten. Mehr unter <https://www.linksfraktion.de/termine/detail/bezahlbarer-wohnraum-fuer-alle-3-mietenpolitischer-ratschlag/>



Wie schon eingangs bemerkt lädt die Linksfraktion am **Mittwoch, den 2. November**, ein zu einer **öffentlichen Anhörung des Doppelhaushalts 2017/18**. Betroffene aus den Einrichtungen und Stadtteilen erläutern die Auswirkungen der geplanten Streichungen und Beschränkungen. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr im Rathaus, Raum 151. Unter dem Titel **»Wie SPD und Grüne Hamburg kaputtsparen«** haben Joachim Bischoff, Norbert Hackbusch, Bernhard Müller und Norbert Weber eine **Broschüre** zum Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 verfasst, die ab Ende September bei der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN erhältlich ist und unter www.linksfraktion-hamburg.de/themen/veroeffentlichungen/ heruntergeladen werden kann.

Kulturtipp: Kleine Weltküche



Foto: www.heimat-harburg.de

»Unsere Heimat ist die Welt.« Unter diesem Motto stand das künstlerisch-kulturelle Projekt der Weltküche, das Ende 2015 in Hamburg-Harburg von der Mediatorin, Rechtsanwältin und Kunsttherapeutin Ulrike Hinrichs und dem Grafiker Günther Spiegel initiiert, von den Lokalen Partnerschaften in Harburg unterstützt und von der Johann Daniel Lawaetz Stiftung koordiniert wurde.

Ausgehend von der Lebensweisheit »Die Liebe geht durch den Magen« wurde ein gemeinsamer Austausch von Rezepten, Kochen und Essen als gelebte Kultur organisiert. Dabei war das Projekt nicht auf den Flüchtlingsstatus der Rezeptgeber fokussiert, sondern zielte auf eine Interaktion verschiedener Menschen in einer kulturell bunten Gesellschaft: Alle können von den kulinarischen Impulsen wechselseitig profitieren und die Kultur des anderen kennen und verstehen lernen. Ganz nebenbei wurden sich Geschichten erzählt – über das Essen, die Heimat, das Bekannte und das Unbekannte. Da wurde im fröhlich lauten Sprachgewirr zwischen Deutsch, Englisch, Arabisch, Persisch und Zeichensprache, um nur einige Sprachen zu nennen, gelacht, übersetzt, gefragt, erzählt und gemalt.

Entstanden ist daraus das Kochbuch **Kleine Weltküche** – ein künstlerisch-kulinarischer Leckerbissen mit 59 illustrierten Kochrezepten aus Afghanistan, Albanien, Bosnien, Deutschland, Ghana, Griechenland, Kolumbien, Irak, Mali, Peru, Senegal, Serbien, Syrien und der Türkei. Das Ende September im VSA: Verlag erscheinende Buch (160 Seiten, Großformat, durchgängig farbig gedruckt, 19.80 Euro) wurde von

den Beteiligten selbst illustriert, mitgewirkt haben u.a. Profis wie Emad Hashem, der an der Universität in Damaskus (Syrien) eine Kunstprofessur innehatte, oder auch kleine Künstlerinnen wie die elfjährige Yona Sabbah, ebenfalls aus Syrien, die Spaß am Malen hat. Sie schufen ein Gesamtkunstwerk, mit dem neben den Rezepten auch gemeinsame Erlebnisse, Bilder und Geschichten in die Welt gehen.

Alle Beteiligten an dem Projekt arbeiteten ehrenamtlich. Erlöse aus dem Verkauf gehen als Spende an Flüchtlingsprojekte in Hamburg-Harburg. Weitere Infos zum Projekt: www.heimat-harburg.de. Vorgestellt wird das Buch am **8. Oktober**

auf dem Harburger Kulturtag. Dort werden auch im Rahmen des Projekts entstandene Bilder und Zeichnungen gezeigt.

Der Harburger Bezirksamtsleiter Thomas Völsch gibt in seinem Geleitwort den Tipp: »Über den eigenen Tellerrand schauen, ... viel Freude beim Nachkochen und einen guten Appetit!« Wir schließen uns diesem Tipp an.



Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.